

Ressort: Politik

Spahn beklagt Schwäche der CDU in Großstädten

Berlin, 11.05.2015, 07:49 Uhr

GDN - Nach der Bremen-Wahl hat das CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn das schwache Abschneiden seiner Partei in Ländern und Kommunen sowie Großstädten beklagt: "Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu einer Partei ohne Unterleib werden", sagte Spahn der "Welt". "Es muss unser Anspruch sein, auch in den Großstädten zu gewinnen."

Dass die Grünen mittlerweile in mehr Bundesländern mitregierten als die Union, "darf uns keine Ruhe lassen". Bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im kommenden Jahr müsse die Wende gelingen, forderte er. "Wir müssen zurückfinden zu alter Stärke." In der Wirtschaftspolitik verhalte sich die Union "zu defensiv", kritisierte Spahn. "Ob Bürokratie beim Mindestlohn oder Arbeitsstättenverordnung - es reicht nicht, das Schlimmste zu verhindern." Er riet der Union, auf den digitalen Wandel zu setzen und sich als Partei "an der Seite der Fleißigen" zu profilieren. Fragen der Zukunft kämen derzeit "entschieden zu kurz". Spahn forderte zudem die SPD auf, in Bremen mit der CDU zu koalieren. SPD und Grüne hätten bei der Bürgerschaftswahl klar zweistellig verloren. "Das ist kaum ein Auftrag für rot-grünes Weiterwurschteln. Die SPD sollte in Bremen lieber mit der CDU regieren, das entspräche dem Wählerwillen", sagte er. Spahn machte zugleich den Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) für die niedrige Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl verantwortlich. "Jens Böhrnsen ist jeder Debatte ausgewichen, er hat Bremen quasi sediert", sagte er. "Die niedrige Wahlbeteiligung muss auch er sich vorwerfen lassen." Eine Wahlpflicht müsse man deswegen laut Spahn aber nicht einführen. Scharf kritisierte der CDU-Politiker das Verhalten der SPD in der Geheimdienstaffäre. "Es ist schon bemerkenswert, in welchem Ton und mit welcher Lautstärke führende Mitglieder der Regierungspartei SPD wilde Spekulationen und Skandalisierungen anstacheln und befeuern", sagte er. Die SPD habe nicht verstanden, dass man nicht gleichzeitig Regierung und Opposition sein könne. Spahn riet seiner Partei, gelassen zu bleiben: "Niemand, der bei Verstand ist, wird sich angesichts der Ukraine- und der Euro-Krise den sprunghaften und rabaukigen Sigmar Gabriel als Kanzler wünschen."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-54409/spahn-beklagt-schwaeche-der-cdu-in-grossstaedten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619